

Allgemeine Geschäftsbedingungen

1. Messung; Ablesung; Zutrittsrecht; Berechnungsfehler

- 1.1 Die gelieferte Energie wird durch Messeinrichtungen nach den Vorschriften des Messstellenbetriebsgesetzes festgestellt.
- 1.2 Für die Abrechnung und Abschlagsberechnung dürfen wir die Ablesedaten oder rechtmäßig ermittelte Ersatzwerte verwenden, die uns vom Messstellenbetreiber zur Verfügung gestellt werden. Wir können die Messeinrichtungen ablesen oder von Ihnen verlangen, diese selbst abzulesen, wenn dies zum Zwecke der Abrechnung oder Abschlagsberechnung, anlässlich eines Lieferantenwechsels oder bei einem berechtigten Interesse an einer Überprüfung der Ablesung erfolgt. In diesem Fall teilen Sie uns den Zählerstand unter Angabe des Ablesedatums unverzüglich mit. Sie können einer Selbstablesung widersprechen, wenn Ihnen die Ablesung unzumutbar ist.
- 1.3 Eine Ablesung wird mit einer Frist von mindestens einer Woche angekündigt (z. B. Mitteilung an Sie, Aushang im Haus). Sie müssen nach vorheriger Benachrichtigung den mit einem Ausweis versehenen Beauftragten von uns, dem Netzbetreiber oder dem Messstellenbetreiber Zutritt zum Grundstück und zu den Räumen gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen erforderlich ist. Zur Ablesung müssen die Messeinrichtungen zugänglich sein.
- 1.4 Können Grundstück und Räumlichkeiten nicht zum Zwecke der Ablesung betreten werden, werden die Messeinrichtungen trotz vereinbarter Selbstablesung nicht oder verspätet abgelesen oder der abgelesene Zählerstand nicht oder verspätet mitgeteilt, darf der Verbrauch geschätzt werden. Grundlage ist entweder die letzte Abrechnung oder, bei einem Neukunden, der Verbrauch vergleichbarer Kunden. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen.
- 1.5 Auf Ihren Wunsch werden wir jederzeit eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder eine staatlich anerkannte Prüfstelle im Sinne des § 40 Abs. 3 MessEG veranlassen. Die Kosten der Prüfung fallen uns zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst Ihnen.
- 1.6 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtungen eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, zahlen wir den zu viel vereinnahmten Betrag aus oder berechnen die Differenz nach. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, werden wir den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung entweder aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Ablesezeitraums oder aufgrund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung ermitteln. Die tatsächlichen Verhältnisse sind angemessen zu berücksichtigen. Bei Berechnungsfehlern aufgrund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zugrunde zu legen.
- 1.7 Ansprüche nach Nr. 1.6 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesezeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgestellt werden. In diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.

2. Abrechnung; Abschlagszahlung

- 2.1 Abrechnungsjahr ist das Kalenderjahr. Ihr Anspruch aus § 40 Abs. 3 EnWG bleibt davon unberührt.
- 2.2 Wir sind berechtigt, monatliche Abschlagszahlungen zu verlangen, wenn der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet wird.
- 2.3 Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so ist der übersteigende Betrag unverzüglich zu erstatten, spätestens aber mit der nächsten Abschlagsforderung zu verrechnen. Nach Beendigung des Versorgungsverhältnisses sind zu viel gezahlte Abschläge unverzüglich zu erstatten.

3. Zahlung; Zahlungsverzug und -verweigerung; Aufrechnung

- 3.1 Rechnungen und Abschläge werden zum angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig.
- 3.2 Bei Zahlungsverzug dürfen wir, wenn wir Sie erneut zur Zahlung auffordern oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lassen, die dadurch entstandenen Kosten für strukturell vergleichbare Fälle in folgender Höhe pauschal berechnen. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen. Ihnen ist der Nachweis gestattet, solche Kosten seien nicht entstanden oder wesentlich geringer als in der Höhe der Pauschale.
- 3.3 Gegen unsere Ansprüche aus diesem Vertrag dürfen Sie nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen aufrechnen.

4. Haftung

- 4.1 Bei Unterbrechungen oder Unregelmäßigkeiten der Elektrizitätsversorgung, soweit diese ihre Ursache in einer Störung des Netzbetriebs oder des Netzanschlusses oder des Messstellenbetriebes haben, sind wir von unserer Leistungspflicht befreit. Satz 1 gilt nicht, wenn die Unterbrechung auf nicht berechtigten Maßnahmen nach Nr. 5.2 und 5.3 beruht.
- 4.2 Ansprüche wegen Schäden durch Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Elektrizitätsversorgung sind, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebes einschließlich des Netzanschlusses handelt, gegenüber dem örtlichen Netzbetreiber geltend zu machen (§ 18 NAV). Soweit es sich um Folgen einer Störung des Messstellenbetriebes handelt, sind Ansprüche gegenüber dem Messstellenbetreiber geltend zu machen. Wir werden Ihnen unverzüglich auf Nachfrage alle Informationen weitergeben, die uns im Zusammenhang mit der Schadensursache bekannt sind oder in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.
- 4.3 Bei in sonstiger Weise verursachten Schäden haften wir bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit, auch unserer Erfüllungsgehilfen, nach den gesetzlichen Bestimmungen. Das Gleiche gilt bei fahrlässig verursachten Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Bei fahrlässig verursachten Sach- und Vermögensschäden haften wir für uns und unsere Erfüllungsgehilfen nur bei der Verletzung einer wesentlichen Vertragspflicht, jedoch der Höhe nach beschränkt auf die bei Vertragsschluss vorhersehbaren und vertragstypischen Schäden; wesentliche Vertragspflichten sind solche, deren Erfüllung den Vertrag prägt und auf die Sie vertrauen dürfen.

5. Vorauszahlung; Einstellung der Belieferung; außerordentliche Kündigung

- 5.1 Besteht nach den Umständen des Einzelfalls eine begründete Sorge, dass Sie Ihrer Zahlungspflicht nicht oder nicht vollständig nachkommen, können wir eine Vorauszahlung verlangen. Die Vorauszahlung ist frühestens zum Lieferbeginn fällig. Die Höhe der Vorauszahlung beträgt die für einen Zeitraum von bis zu zwei Liefermonaten zu leistenden Zahlungen. Sie wird für den Vorauszahlungszeitraum aus dem durchschnittlichen Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums und dem aktuellen Vertragspreis ermittelt. Machen Sie glaubhaft, dass Ihr Verbrauch erheblich geringer ausfallen wird, werden wir dies angemessen berücksichtigen. Liegen die Voraussetzungen nach Satz 1 nicht mehr vor, endet der Anspruch auf Vorauszahlung. Statt einer Vorauszahlung können wir auch ein Vorkassensystem einrichten und betreiben.
- 5.2 Wir sind berechtigt, die Lieferung ohne vorherige Androhung durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn Sie in nicht unerheblichem Maß schuldhaft Strom unter Umgehung oder Beeinflussung der Messeinrichtungen verwenden oder dies zulassen (Stromdiebstahl) und die Unterbrechung erforderlich ist, um die weitere unberechtigte Verwendung der Energie zu verhindern.

Aufsichtsratsvorsitzender: Werner Heese · **Geschäftsführung:** Dipl.-Wirtsch.-Ing. Oliver Daun

Sitz: Werrestr. 103, 32049 Herford · **Telefon:** 05221 922-0 · **Telefax:** 05221 922-164 · **E-Mail:** info@stadtwerke-herford.de

Registergericht: Amtsgericht Bad Oeynhausen · Register-Nr. HRB 65 54 · **Steuer-Nr.** 324/5780/0363 · **USt.-Ident.-Nr.** DE 170840020

Bankverbindung: Sparkasse Herford · BIC WLAHDE44XXX · IBAN DE29 4945 0120 0000 0044 40

- 5.3 Eine Einstellung der Belieferung durch Unterbrechung der Anschlussnutzung ist außerdem möglich, wenn Sie sich in Zahlungsverzug mit einem Betrag von mindestens 100,00 € (einschließlich Mahn- und Inkassokosten) befinden. Bei der Berechnung der 100,00 € müssen geleistete Anzahlungen zu Ihren Gunsten berücksichtigt werden. Weiter bleiben nicht titulierte Forderungen von uns außer Betracht, die Sie schlüssig beanstandet haben oder die noch nicht fällig sind. Die Unterbrechung unterbleibt, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere des Zahlungsverzuges stehen oder Sie darlegen können, Ihren Zahlungspflichten vollumfänglich nachkommen zu können. Eine Unterbrechung werden wir spätestens vier Wochen vorher androhen. Die Androhung kann mit der Mahnung verbunden werden, sofern dies nicht außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung steht. Den Beginn der Unterbrechung kündigen wir erneut und spätestens drei Werktage vorher an. Bestehen in Ihrem Haushalt Besonderheiten, die eine Stromsperre unverhältnismäßig machen, müssen Sie uns das unverzüglich nach Erhalt der Androhungsmitteilung (vier Wochen vor der Sperrung) mitteilen.
- 5.4 Die Belieferung wird unverzüglich wieder aufgenommen, wenn die Gründe für die Unterbrechung entfallen sind und die Kosten der Unterbrechung bezahlt sind. Die Kosten werden nach tatsächlichem Aufwand oder für strukturell vergleichbare Fälle pauschal nach Maßgabe des Preisblattes berechnet. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen weisen wir die Berechnungsgrundlage nach. Bei Pauschalen besteht das Recht nachzuweisen, dass die Kosten überhaupt nicht oder nicht in dieser Höhe angefallen sind.
- 5.5 Der Vertrag kann aus wichtigem Grund von jeder Partei fristlos gekündigt werden. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung der Belieferung bei Zahlungsverzug nach Nr. 5.3 wiederholt vorliegen. Besteht der wichtige Grund in der Verletzung einer Pflicht aus diesem Vertrag, ist die fristlose Kündigung zwei Wochen vorher anzudrohen. Androhung und Kündigung bedürfen der Textform. Der Kündigungsgrund ist in dem Androhungsschreiben und in dem Kündigungsschreiben anzugeben.
- 6. Datenverarbeitung zum Zwecke der Bonitätsprüfung und Betrugsprävention**
- 6.1 Soweit wir in Vorleistung treten, behalten wir uns vor, ggf. eine Bonitätseinkunft auf Basis eines mathematisch-statistischen Verfahrens bei der Schufa Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden über Sie einzuholen. Hierzu werden wir Ihre Kontaktdaten (Name, Adresse, ggf. Geburtsdatum, ggf. E-Mail-Adresse) sowie Angaben zu den von Ihnen bestellten Leistungen (etwa der Versorgung mit Strom, Wasser und/oder Gas) durch uns an die Schufa übermittelt. Anschließend verwenden wir die erhaltenen Informationen über die Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfallrisikos im Zusammenhang mit unserer Entscheidung über die Begründung, Durchführung oder Beendigung eines Vertragsverhältnisses zwischen Ihnen und uns.
- 6.2 Weiterhin übermitteln wir im Rahmen der bestehenden Geschäftsbeziehung erhobene personenbezogene Daten über die Beantragung, Durchführung und Beendigung dieser Geschäftsbeziehung sowie Daten über nicht vertragsgemäßes bzw. betrügerisches Verhalten an die Schufa. Wir übermitteln Ihre Daten ausschließlich nach Maßgabe der geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen. Entsprechend übermitteln wir Ihre Daten lediglich dann, wenn eine der Fallgruppen von § 31 Abs. 2 S. 2 BDSG vorliegt, insbesondere soweit unsere offenen Forderungen gegen Sie durch ein rechtskräftiges Urteil festgestellt wurden, sie nach Eintritt der Fälligkeit in Bezug auf die Forderung mindestens zweimal schriftlich gemahnt wurden und die erste Mahnung mindestens vier Wochen zurückliegt, und bei Forderungen, deren zugrunde liegendes Vertragsverhältnis aufgrund von Zahlungsrückständen fristlos gekündigt werden kann.
- 6.3 Die Rechtsgrundlage für die Übermittlung Ihrer Daten durch uns an die Schufa sowie die Nutzung von Informationen der Schufa über Sie durch uns bilden Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) und lit. f) DSGVO. Soweit die Verarbeitung Ihrer Daten in diesem Kontext der Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen dient, bildet Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO die maßgebliche Rechtsgrundlage. Daneben und darüber hinaus rechtfertigt Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO die Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns. Unser berechtigtes Interesse besteht darin, Ihnen risikobehaftete Zahlarten, wie Offene Rechnung oder Lastschrift, sowie eine Vorleistung durch uns anbieten zu können. Weiterhin haben wir ein anerkanntes Interesse an Betrugsprävention.
- 6.4 Die Schufa verarbeitet die erhaltenen Daten und verwendet sie auch zum Zwecke der Profilbildung (Scoring), um ihren Vertragspartnern im Europäischen Wirtschaftsraum, der Schweiz und ggf. weiteren Drittländern Informationen u. a. zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit natürlicher Personen zu geben. Nähere Informationen können Sie online unter www.schufa.de/datenschutz einsehen.
- 6.5 Bezüglich der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns stehen Ihnen umfangreiche Rechte zu. Zunächst haben Sie ein umfangreiches Auskunftsrecht und können gegebenenfalls die Berichtigung und/oder Löschung bzw. Sperrung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Sie können auch eine Einschränkung der Verarbeitung verlangen und haben ein Widerspruchsrecht. Wenn Sie eines Ihrer Rechte geltend machen und/oder nähere Informationen hierüber erhalten möchten, wenden Sie sich bitte an unseren Datenschutzbeauftragten Dr. Sebastian Meyer (datenschutz@brandi.net). Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht im Einklang mit den anwendbaren Datenschutzbestimmungen erfolgt, steht Ihnen ein Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde zu.
- 7. Änderung des Vertrages und der AGB**
- 7.1 Wir sind verpflichtet, den Liefervertrag und die AGB – mit Ausnahme der Preise – anzupassen und/oder zu ergänzen, wenn dies zur zumutbaren Fort- und Durchführung des Vertrages notwendig ist oder wenn das Festhalten am Vertrag ohne neue Regelung für eine Vertragspartei auch unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Vertragspartei eine unzumutbare Härte darstellen würde oder wenn es die Wiederherstellung bzw. Wahrung des Äquivalenzverhältnisses von Leistung und Gegenleistung erforderlich macht. Die neue Regelung hat die Belange des Kunden angemessen zu berücksichtigen.
- 7.2 Sie haben bei Vertragsänderungen das Recht, den Liefervertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen in Textform zu kündigen oder der mitgeteilten Vertragsänderung zu widersprechen. Wir werden Ihnen beabsichtigte Änderungen der Vertragsbedingungen in Textform mindestens sechs Wochen vor dem Wirksamwerden ankündigen und in der Ankündigung auf das Sonderkündigungsrecht und Widerspruchsrecht hinweisen. Erfolgt weder eine Kündigung des Vertrages noch ein Widerspruch gegen die mitgeteilten Vertragsänderungen, so treten diese ab dem in der Ankündigung genannten Zeitpunkt in Kraft. Wir werden Sie in der Ankündigung auf die Bedeutung Ihres Schweigens ebenfalls gesondert hinweisen.
- 8. Beschwerde-/Streitbeilegungsverfahren für Verbraucher i. S. v. § 13 BGB, § 111a und § 111b EnWG**
- 8.1 Sind Sie mit einer Leistung von uns nicht zufrieden, können Sie sich an uns wenden: Stadtwerke Herford GmbH, Werrestr. 103, 32049 Herford, Tel.: 05221 922-0; Fax: 05221 922-164; E-Mail: info@stadtwerke-herford.de.
- 8.2 Helfen wir Ihrer Beschwerde nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen ab Zugang ab, können Sie sich, wenn Sie ein Verbraucher im Sinne von § 13 BGB sind, an die Schlichtungsstelle Energie e.V., Friedrichstr. 133, 10117 Berlin, Tel. 030 2757240-0, E-Mail: info@schlichtungsstelle-energie.de (www.schlichtungsstelle-energie.de) wenden. Verbraucher ist jede natürliche Person, die ein Rechtsgeschäft zu Zwecken abschließt, die überwiegend weder ihrer gewerblichen noch ihrer selbständigen beruflichen Tätigkeit zugerechnet werden können. Wir sind zur Teilnahme am Schlichtungsverfahren verpflichtet.
- 8.3 Informationen zu Verbraucherrechten sind erhältlich über den Verbraucherservice der Bundesnetzagentur für den Bereich Elektrizität und Gas, Postfach 8001, 53105 Bonn, Tel. 030 22480-500 oder 0228 14-0, E-Mail: verbraucherservice-energie@bnetza.de.
- 8.4 Verbraucher haben die Möglichkeit, die von der Europäischen Kommission bereitgestellte Online-Streitbeilegungs-Plattform (OS-Plattform) für die Beilegung ihrer Streitigkeiten aus Online-Kaufverträgen oder Online-Dienstleistungsverträgen zu nutzen. Die OS-Plattform kann unter <http://ec.europa.eu/consumers/odr> aufgerufen werden.
- 9. Informationen nach § 41 EnWG; zu Energiedienstleistungen und Lieferantenwechsel**

- 9.1 Sie erhalten aktuelle Informationen über geltende Preise und sonstige Entgelte über unsere Internetseite www.stadtwerke-herford.de und im Kundenzentrum.
- 9.2 Informationen zu angebotenen Wartungsdiensten und -entgelten sind beim örtlichen Netzbetreiber erhältlich.
- 9.3 Über Energieeffizienzmaßnahmen oder Energiedienstleistungen können Sie sich unter www.bfee-online.de informieren.
- 9.4 Ein Lieferantenwechsel erfolgt zügig und unentgeltlich.

10. Datenschutz

Wir erheben, speichern, verarbeiten und nutzen Ihre personenbezogenen Daten nach Maßgabe der für diesen Vertrag geltenden Datenschutzinformation, die dem Vertrag beigefügt ist.

11. Schlussbestimmungen

- 11.1 Diese Bestimmungen sind abschließend. Mündliche Nebenabreden bestehen nicht.
- 11.2 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so bleibt der Vertrag im Übrigen davon unberührt.



Preisblatt „RUNDstrom öko Heizstrom (gemeinsame Messung)“

für einen Vertragsabschluss mit Lieferbeginn im Zeitraum bis 31. Dezember 2022



I. Strompreis

Der Strompreis besteht aus einem verbrauchsunabhängigen Grundpreis und aus einem verbrauchsabhängigen Arbeitspreis. Enthalten sind: die Beschaffungs- und Vertriebskosten, die Entgelte für die Netznutzung und, soweit der Messstellenbetrieb Gegenstand des Liefervertrages ist, die Entgelte des Messstellenbetreibers oder des Netzbetreibers für den Messstellenbetrieb und die Messung, die EEG-Umlage, der KWK-Aufschlag, die Offshore-Haftungsumlage nach § 17f Abs. 5 EnWG, die Umlage nach § 19 Abs. 2 StromNEV, die Umlage für abschaltbare Lasten nach § 18 AbLaV, die Konzessionsabgabe, die Stromsteuer und die Umsatzsteuer. Während der festen Erstlaufzeit (s. im Vertrag unter „Laufzeit und Kündigung; Umzug“ lit. a) besteht ein Preisanpassungsrecht nur unter den Voraussetzungen der Nr. II. a), II b) Satz 3 und 4 und Nr. III.

a. Der Grundpreis beträgt:

	Zählertyp	Basis-Grundpreis Netto in €/Jahr	Mess-Grundpreis (Messstellenbetrieb und Messung) Netto in €/Jahr	Gesamt-Grundpreis Netto in €/Jahr	Gesamt-Grundpreis Brutto in €/Jahr	
Zweitartfzähler	Konventionell	81,198	16,280	97,478	116,00	
	Modern (mMe)	81,198	16,810	98,008	116,63	
	Smart (IMS)	• bis 2.000 kWh/Jahr	81,198	19,330	100,528	119,63
		• 2.001 - 3.000 kWh/Jahr	81,198	25,210	106,408	126,63
		• 3.001 - 4.000 kWh	81,198	33,610	114,808	136,62
		• 4.001 - 6.000 kWh/Jahr	81,198	50,420	131,618	156,63
		• 6.001 - 10.000 kWh/Jahr	81,198	84,030	165,228	196,62
		• 10.001 - 20.000 kWh/Jahr	81,198	109,240	190,438	226,62
		• 20.001 - 50.000 kWh/Jahr	81,198	142,860	224,058	266,63
		• 50.001 - 100.000 kWh/Jahr	81,198	168,070	249,268	296,63
• über 100.000 kWh/Jahr	81,198	247,080	328,278	390,65		
	Messwandlerzähler	21,247	11,400	32,647	38,85	

b. Der Arbeitspreis beträgt:

	Arbeitspreis Netto in ct/kWh	Arbeitspreis Brutto in ct/kWh
Preis im HT („Hochtarif“, tagsüber)	26,471	31,50
Preis im NT („Niedertarif“, nachts)	24,120	28,70

II. Preisanpassung

a) Preisanpassung bei Einbau moderner Messeinrichtungen oder intelligenter Messsysteme

Im Grundpreis ist ein Kostenanteil für eine Messeinrichtung enthalten (konventionell oder modern). Bei Beginn des Vertrages wird entsprechend des eingebauten Messsystems der entsprechende Grundpreis abgerechnet. Baut der Messstellenbetreiber nach Beginn des Vertrages eine moderne Messeinrichtung oder ein intelligentes Messsystem nach dem Messstellenbetriebsgesetz ein, sind wir berechtigt, die damit verbundene Kostensteigerung (neues Entgelt für Messstellenbetrieb und Messung, abzüglich des bisher eingestellten Entgelts) an Sie weiterzugeben und den Netto-Grundpreis entsprechend zu erhöhen. Die Preiserhöhung wird Ihnen gegenüber zum Monatsbeginn nach vorheriger Mitteilung gemäß Nr. IV des Preisblatts wirksam. Rechnet der Messstellenbetreiber unmittelbar mit Ihnen ab, sind wir verpflichtet, den Grundpreis um den bisherigen Kostenanteil für Messstellenbetrieb und Messung zu senken.

b) Preisanpassung bei Änderung der geltenden Umlagen, Aufschläge, Abgaben oder Steuern

Die Umlagen und Aufschläge werden von den Übertragungsnetzbetreibern jeweils für ein Kalenderjahr festgelegt und zum 15. und 25. Oktober im Internet (www.netztransparenz.de) veröffentlicht. Bei Änderung (Erhöhung und Ermäßigung) der Umlagen und Aufschläge sind wir verpflichtet, den Netto-Arbeitspreis jeweils mit Wirkung zum 1. Januar für das folgende Kalenderjahr entsprechend zu ändern. Die Konzessionsabgabe, die Stromsteuer und die Umsatzsteuer sind gesetzlich festgelegt. Bei Änderung (Erhöhung und Ermäßigung) des Abgaben- und Steuersatzes sind wir verpflichtet, den Netto-Arbeitspreis jeweils ab Inkrafttreten der Änderung entsprechend zu ändern.

c) Preisanpassung bei Änderung der Beschaffungs- und Vertriebskosten der Stadtwerke Herford GmbH, der Entgelte für die Netznutzung und für den konventionellen Messstellenbetrieb und die Messung

Wir werden den zu zahlenden Strompreis nach billigem Ermessen der Entwicklung der Beschaffungs- und Vertriebskosten sowie der Entgelte für Netznutzung, Messstellenbetrieb und Messung anpassen. Eine Preiserhöhung kommt in Betracht und eine Preisermäßigung ist vorzunehmen, wenn sich z. B. die Kosten für die Beschaffung von Energie oder die Nutzung des Verteilernetzes erhöhen oder absinken oder sonstige Änderungen der energiewirtschaftlichen oder rechtlichen Rahmenbedingungen zu einer veränderten Kostensituation führen. Steigerungen bei einer der genannten Kostenarten dürfen nur in dem Umfang für eine Preiserhöhung herangezogen werden, in dem kein Ausgleich durch etwaige rückläufige Kosten in anderen Bereichen, etwa bei den Netz- und Vertriebskosten, erfolgt. Bei Kostensenkungen, z. B. der Strombeschaffungskosten, sind durch uns die Preise zu ermäßigen, soweit diese Kostensenkungen nicht durch Steigerungen in anderen Bereichen ganz oder teilweise ausgeglichen werden. Wir überprüfen die Entwicklung der Kostenbestandteile im Sinne von Nr. II. a) und b) immer zum 31. Oktober. Preisanpassungen nach Nr. II. c) werden immer nur zum Monatsbeginn wirksam.

III. Einführung neuer Steuern, Abgaben oder allgemein verbindlicher Belastungen

Aufsichtsratsvorsitzender: Werner Heese · Geschäftsführung: Dipl.-Wirtsch.-Ing. Oliver Daun

Sitz: Werrestr. 103, 32049 Herford · Telefon: 05221 922-0 · Telefax: 05221 922-164 · E-Mail: info@stadtwerke-herford.de

Registergericht: Amtsgericht Bad Oeynhausen · Register-Nr. HRB 65 54 · Steuer-Nr. 324/5780/0363 · USt.-Ident.-Nr. DE 170840020

Bankverbindung: Sparkasse Herford · BIC WLAHDE44XXX · IBAN DE29 4945 0120 0000 0044 40

Wird die Belieferung oder die Verteilung von Strom während der Laufzeit des Vertrages mit neuen Steuern oder Abgaben belegt, können wir hieraus entstehende Mehrkosten an Sie weitergeben. Eine Weitergabe erfolgt nicht, soweit die Mehrkosten nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren oder die jeweilige gesetzliche Regelung der Weitergabe entgegensteht. Die Weitergabe ist auf die Mehrkosten beschränkt, die nach Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung dem einzelnen Vertragsverhältnis zugeordnet werden können. Mit der neuen Steuer oder Abgabe korrespondierende Kostenentlastungen, z. B. der Wegfall einer anderen Steuer, sind anzurechnen. Dies gilt entsprechend für eine neue staatlich auferlegte, allgemein verbindliche Belastung (wie derzeit z. B. nach dem EEG und KWKG), soweit diese unmittelbaren Einfluss in Form von Mehrkosten für die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen hat.

IV. Sonderkündigungsrecht des Kunden und Mitteilungspflicht

Sie haben bei Preisanpassungen nach Nr. II und Nr. III das Recht, den Liefervertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Änderungen in Textform zu kündigen. Wir werden Ihnen eine beabsichtigte Preisanpassung nach Nr. II oder Nr. III mindestens sechs Wochen vor ihrem Wirksamwerden in Textform ankündigen und in der Ankündigung auf das Sonderkündigungsrecht hinweisen. Das Sonderkündigungsrecht muss vor dem Termin ausgeübt werden, zu dem die geänderten Preise in Kraft treten sollen. Die angekündigten Preisänderungen werden gegenüber demjenigen Kunden nicht wirksam, der zwar fristgerecht sein Sonderkündigungsrecht ausgeübt hat, aber durch die Abmeldefrist beim Netzbetreiber eine Weiterbelieferung über den 31. Dezember hinaus erfolgen muss.

Zusatzleistungen	
Rabatt für Jahresvorauszahlung (Berechnung gemäß der Zinsstaffelmethode)	0,63% effektiv
Rabatt bei Online-Rechnung	10,00 € (8,40 € netto)
Kosten je zusätzliche Abrechnung bei Kundenablesung	17,85 € (15,00 € netto)
Kosten je zusätzliche Abrechnung bei Ablesung durch die Stadtwerke Herford GmbH	35,70 € (30,00 € netto)
Mahnkosten*	1,00 €
Unterbrechung der Versorgung*	95,00 €
Kosten bei Zutrittsverweigerung*	18,00 €

* Die gekennzeichneten Preise unterliegen nicht der Umsatzsteuer.

